

Avanti

2

Theoriebeilage

Fetisch „Identität“
von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

DAS „RECHT DES STÄRKEREN“ BRECHEN!



INHALT

TITEL

- 01 DAS „RECHT DES STÄRKEREN“**
Anpassung oder Widerstand?

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS PUR**
Kurz & Knapp

SEITE DREI

- 03 DAS „RECHT DES STÄRKEREN“**
Anpassung oder Widerstand?

ARBEITSWELT

- 04 BR-WAHLEN IM ZANGENGRIFF**
Kapital, Rechte und Gewerkschaft (I)

- 05 KALTSTELLEN DURCH JUSTIZ**
„Vertrauensvolle Zusammenarbeit“?

- 06 IM GESPRÄCH**
Betroffen durch BR-Mobbing

- 08 10 JAHRE SOLIKOMITEE**
Vorwärts und nicht vergessen?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wie ein blutiger, roter Faden zieht sich durch die aktuelle neoimperialistische Politik die hemmungslose Beanspruchung eines „Rechts des Stärkeren“. Ob in Iran, Palästina, Syrien, Ukraine, USA und Venezuela oder anderswo.

Auch hierzulande nehmen die Angriffe auf Grund- und Menschenrechte weiter zu. Ob in der Arbeitswelt oder außerhalb.

Diese – von den Profiteuren des Kapitalismus getriebene – Entwicklung ist extrem gefährlich, aber aufhaltbar. Das wollen wir mit den Artikeln dieser Ausgabe von *Avanti*² zum Ausdruck bringen.

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Helmut Dahmers tiefgründige Betrachtungen zum Thema „Fetisch ,Identität“.

Wir hoffen auf Euer Interesse und freuen uns auf ein baldiges Wiedersehen!

Eure Redaktion

Titelgestaltung: *Avanti*². Grafik: D. R.

INHALT

ANTIFASCHISMUS

- 09 SWR HOFIERT AFD**
Roter Teppich für Faschisten

MEDIENMACHT

- 10 LINKE PERSPEKTIVEN**
Wie entwickeln?

INTERNATIONAL

- 11 FRAGEN ZUM IRAN**
Internationalismus vs. Imperialismus

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 STREIKTAG DER GEW**
Protest für mehr Geld?

- 12 TERMINE**
Veranstaltungen und Aktionen

THEORIEBEILAGE

- 01 IDENTITÄT**
Ein Fetisch

Neues von den
Milliardär:innen

R. S.

Seit März 2020 hat das Vermögen von Milliardär:innen weltweit inflationsbereinigt um 81 % zugenommen. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 43,8 % des globalen Vermögens.

Hierzulande ist das Vermögen der Milliardär:innen um 30 % auf 840 Mrd. \$ und ihre Zahl um ein Drittel auf 172 gestiegen. Das bedeutet Platz vier der Länder mit den meisten Superreichen.

Die Wirtschaftsmacht dieser Klasse höhlt die parlamentarische Demokratie immer weiter aus, ihr Vermögen hat mit Leistung nichts zu tun. Deshalb fordert die Entwicklungs- und Hilfsorganisation Oxfam die Einführung einer Milliardärssteuer.

(Quelle: FR, 19.01.2026.) ■

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
PWenn Superreiche
Gutes tun wollen ...

R. S.

Wenn Superreiche Gutes tun wollen, dann zahlen sie keine Steuern, sondern sie vergeben (größere und kleinere) Almosen nach ihrem Gutdünken. So wie die US-Milliardärin Betsy DeVos an Abtreibungsgegner oder der US-Spekulant Bill Ackman 10.000 \$ an den ICE-Agenten, der die US-Bürgerin Renee Good ermordet hat. Manchmal spenden Reiche auch für gute Zwecke.

Lohnabhängige dagegen zahlen mit ihren Steuern öffentliche Infrastrukturen, Wissenschaft, Bildung und Behörden. Gesellschaftlich werden damit die Rahmenbedingungen finanziert, ohne die der Wohlstand auch der Superreichen kollabieren würde.

(Quelle: FR, 22.01.2026.) ■

Das „Recht des Stärkeren“ brechen! Widerstand statt Anpassung

U. D.

Der Dauerkonflikt der imperialistischen Groß- und Atomkräfte um globale Einflusszonen, Absatzmärkte und Rohstoffe wird immer kriegerischer geführt. Dies zeigen nicht zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Gaza-Krieg Israels, die Drohgebärden Chinas gegen Taiwan und die aggressive Außenpolitik der USA unter Trump.

Die Hauptakteure bei der Neuaufteilung der Welt sind vor allem die USA, aber auch China und Russland. Ebenfalls mitmischen wollen die EU und das europäische Kapital. Dabei machen Putin, Trump & Co. deutlich, dass das Völkerrecht ein beliebiger Spielball der Interessen der mächtigen Staaten ist. Diese definieren ihr eigenes „Recht“ und setzen dies rücksichtslos durch – wenn es sein muss mit militärischen Mitteln.

Das „Recht des Stärkeren“

Von Putin, Trump, Xi Jinping, Lukaschenko, Orban, Macron, Melonie oder Merz bis hin zu Tech-Milliardären wie Thiel und Musk – überall greift der Kapitalismus in der Krise zu autoritären und aggressiv Lösungen – innen- und außenpolitisch.

Eine Grundlage dafür liefern die Theorien des 1985 verstorbenen Juristen Carl Schmitt. Schmitt war Unterstützer des Hitler-Faschismus und überzeugter Antisemit. Mit seiner Großraumtheorie, seiner Rechtfertigung des „Ausnahmestands“ und seiner Verachtung der Demokratie hat er das „Recht des Stärkeren“ im 20. Jahrhundert neu begründet.

Ungeschminkter Imperialismus

Ohne Schönfärberei setzt Trump den Weltmachtanspruch des US-Imperialismus durch. Wer im Weg steht, wird mit wirtschaftlicher oder militärischer Macht auf Kurs gebracht oder wie im Fall Venezuelas gefügig gemacht. Wie die Drohungen gegen Grönland und Kanada zeigen, gibt es dabei keine Rücksicht auf „Freunde“.

Seine brutale ICE-Politik gegen Migrant:innen, seine Gleichschaltung von Forschung und Lehre, seine Angriffe auf die Pressefreiheit und staatliche Institutionen sowie seine Mobilisierung rechter Kräfte zeigen die autoritäre Logik dieser Politik.

Auch Putin folgt dieser Logik. Beim Ukraine-Krieg geht es um Ressourcen und Geopolitik im Interesse der russischen Oligarchie. Er will den Einfluss des „Westens“ und des westlichen Kapitals zurückdrängen und Russland wieder „groß“ machen. Innenpolitisch wird jeglicher Widerstand mit Gewalt unterdrückt.

Tech-Milliardäre gegen Demokratie und Menschenrechte

Schmitts Ideen finden sich auch bei Tech-Milliardären wie Thiel und Musk. Mit ihren libertär-kapitalistischen Ideen vertreten sie einen ultraradikalen und autoritären Neoliberalismus.

Thiel erklärt offen, Demokratie und Freiheit seien unvereinbar. Dabei versteht er unter „Freiheit“ die völlige und uneingeschränkte Handlungsfreiheit des Kapitals.

Das ist einer der Gründe, warum die Tech-Milliardäre mit ihrem Reichtum und ihren Tech-Plattformen massiven ideologischen und gesellschaftlichen Einfluss nehmen und autoritäre wie faschistische Parteien und Regierungen unterstützen.

Merz/Klingbeil: Aufrüstung statt Frieden

Auch die Regierung Merz/Klingbeil ist bereit, die Interessen des deutschen Kapitals militärisch durchzusetzen. Dazu rüstet sie die Bundeswehr massiv auf. Sie erhöht die Truppenstärke und führt den als „Wehrdienst“ verharmlosten Kriegsdienst wieder ein. Vor allem versucht sie, die Bevölkerung ideologisch wieder „kriegstüchtig“ zu machen.

Bezahlen soll diesen Wahnsinn die arbeitende Klasse mit Verschlechterungen bei den Sozialsystemen und der Arbeitsgesetzgebung.

Noch kann sie nicht so offen agieren wie Trump. Darum begründet sie diese Politik mit der Verteidigung von Wohlstand, Freiheit und Demokratie angesichts der „russischen Bedrohung“.

Anpassung oder Widerstand

Kapitalismus kann nur Barbarei: Krieg, Klima- und Naturzerstörung, Ungleichheit und Autoritarismus. Seine unersättliche Gier nach Profit und Macht lässt keinen Raum für globale Gerechtigkeit, für Frieden und ein gutes Leben für alle. Die herrschende Politik verteidigt dieses barbarische System. Wer sich dem anpasst, nimmt weitere Verheerungen in Kauf.

Stattdessen ist gegen die kapitalistische Barbarei gesellschaftlicher Widerstand notwendig. Widerstand, der sich für Abrüstung und Frieden, Klima- und Naturschutz, soziale Sicherheit, globale Gerechtigkeit, universelle Menschenrechte und internationale Solidarität stark macht.

Damit dieser Widerstand erfolgreich wird, braucht es eine breite Solidarische Front aus betrieblichen Basisgruppen, aktiven Gewerkschaften, antirassistischen Initiativen, antifaschistischen Bündnissen und sozialen Bewegungen. Dafür setzen wir uns überall dort ein, wo wir leben, lernen und arbeiten. ■

**DAS „RECHT DES
STÄRKEREN“ BRECHEN!**



Grafik: D. R. / Gestaltung: Avanti².

Betriebsratswahlen 2026

Kapitalangriffe, Rechtsruck und Anpassungsdruck (Teil I)*

H. N.

Die Ergebnisse von Betriebsratswahlen sind wesentlich mitentscheidend für die Kräfteverhältnisse in der Arbeitswelt. Die aktuellen Entwicklungen sind umso dramatischer. Erneut wollen Firmenleitungen zehnttausende Arbeits- und Ausbildungsplätze in den unterschiedlichsten Industrien und Branchen vernichten. Ihre „Kostensenkungspläne“ schüren massiv Ängste – nicht nur bei den von Abbau direkt Betroffenen. Hunderttausende Kolleg:innen und ihre Familien bangen um ihre Existenz und ihre Zukunft.

Ihre Kahlschlagvorhaben rechtfertigen Unternehmensführungen mittlerweile nicht nur mit dem „Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit“ und deshalb „notwendigen Einsparungen“, sondern auch ganz hemmungslos mit „zu niedrigen Gewinnen“.

Offenbar gibt es mittlerweile einen neuen Artikel 1 des Grundgesetzes. Statt des formal geltenden Satzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ soll es nun nach dem Willen von Wirtschaftsbossen real heißen „Die Höhe der Profite ist unantastbar“.

Kaum skandalisiert wird dies in einem Land, dessen Grundgesetz in Artikel 14 eine „Sozialbindung des Eigentums“ vorgibt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Klassenkampf von oben

Einflussreiche Kreise in Wirtschaft und Politik forcieren systematisch den Klassenkampf von oben. Sie propagieren ein „Recht des Stärkeren“. Dabei missachten sie immer offener und aggressiver nicht nur Grundrechte, sondern auch das für die BR-Wahlen maßgebende Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG).

Dieses legt unter anderen fest, dass in Firmen mit mindestens fünf wahlberechtigten Beschäftigten Betriebsräte oder Personräte gewählt werden können. Einer repräsentativen Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit vom 30. Mai 2025 zufolge gibt es aber diese nur noch in 9,5 % aller in Frage kommenden Betriebe.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 45 % der Beschäftigten in Deutschland durch gewählte Vertretungen der Arbeitenden repräsentiert. Im privaten Wirtschaftssektor lag der Anteil bei 37 %, im öffentlichen Dienst bei 95 %.

Je größer der Betrieb ist, desto eher kommt es zur Bildung einer Interessenvertretung. Im Jahr der IAB-Erhebung wurden nur 7 % der Kolleg:innen in Unternehmen mit 10 bis 20 Beschäftigten durch einen Betriebs-/Personalrat vertreten. Dieser Anteil wächst aber mit der Firmengröße auf 84 % in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten.

In Ostdeutschland sind aufgrund des dort noch schwächeren gewerkschaftlichen Organisationsgrads Betriebs- oder Personräte mit 39 % weniger verbreitet als im Westen (46 %).

Be- und Verhinderung von Betriebsräten

Dies alles ist kein Zufall, sondern Ergebnis der Entscheidungen von Unternehmensleitungen einerseits und der Stärke betrieblicher und gewerkschaftlicher Gegenmacht andererseits.

Kapitalverbände und Geschäftsführungen versuchen letztere systematisch zu schwächen. Zum Beispiel indem sie Arbeitsplätze abbauen, in betriebsrats- und gewerkschaftsfreie Zonen im In- und Ausland verlagern, ganzheitliche Firmenstrukturen zerschlagen und traditionelle Werke plattmachen.

Oder indem sie – verstärkt im Vorfeld der von März bis Mai 2026 stattfindenden Betriebsratswahlen – ganz offen die Bildung von Betriebsräten be- und verhindern sowie bereits aktive Betriebsräte und gewerkschaftliche Organisation bekämpfen.

Bundesweit bekannt sind die Machenschaften bei Tesla in Grünheide, wo der Faschistenfreund und Gewerkschaftshasser Musk das Sagen hat. Die mit großem Engagement seit mehr als vier Jahren betriebenen Verankerungsversuche der IG Metall haben bisher keinen entscheidenden Durchbruch zur Folge gehabt.

Weniger bekannt ist hingegen etwa die Bekämpfung einer kritischen IGM-Liste bei Siemens Energy in Erlangen. Und fast gar nicht zur Kenntnis genommen wird die Zermürbung aktiver Betriebsräte durch ständige Angriffe des Managements wie bei den de facto städtischen Mannheimer Parkhausbetrieben.

Warum kommen bis jetzt viel zu wenige in Betrieben, Gewerkschaften, Politik und Öffentlichkeit auf die Idee, diese Zustände zu skandalisieren und offensiv die Rechte von Betriebsräten und Beschäftigten zu verteidigen?

*[Teil II folgt in *Avanti*² Nr. 239.]



Protest gegen BR-Mobbing in Mannheim, 9. Mai 2023.

Foto: *Avanti*².

„Rechtsprechung“ in brauner Tradition

Verwaltungsgericht untersagt GPR-Vorsitzender die Amtsausübung

E. B.

Wie sehr die Einflüsse des Nazi-Unrechts in der Arbeitswelt nachwirken, zeigt das Agieren des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main im Fall der Wiesbadener Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats Schule (GPRS) Manon Tuckfeld. Unter Vorsitz der Richterin Carina Venter untersagte das Gericht auf Antrag des Staatlichen Schulamts Wiesbaden, der in der GEW aktiven Kollegin Tuckfeld ihr Amt als GPRS-Vorsitzende weiter auszuüben.

Mit ihrer Entscheidung folgte die Justiz unbewiesenen Behauptungen der Behörde. Diese hatte im engagierten Handeln von Manon Tuckfeld eine „Störung der vertrauensvollen Zusammenarbeit“ gesehen.

Die GEW Wiesbaden-Rheingau kritisierte in einer Stellungnahme am 7. Januar 2026 nicht nur das Urteil des Gerichts, sondern auch die zweifelhafte Verhandlungsführung der Richterin Venter. Ihre an den Gesamtpersonalrat Schule gerichtete Empfehlung, einen „Neustart“ durchzuführen und wieder zu einer „guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zu kommen, sei eine Bestätigung der „Voreingenommenheit, Einseitigkeit und Parteilichkeit“ der Richterin gewesen.

Voreingenommenes Gericht

Eine der über 50 GEW-Kolleg:innen, die der Verhandlung am 22. Dezember 2025 in Frankfurt beiwohnte, teilte uns mit: „In der mündlichen Verhandlung fiel es mir sehr schwer, überhaupt die hinter den vorgetragenen Vorwürfen stehenden Sachverhalte zu erfassen [...]. Da es sich aber um sehr viele Vorwürfe handelte, hätte ich von der Leiterin der Behörde [Claudia Wolff (CDU)] erwartet, dass sie eine mündliche Zusammenfassung der Anklagepunkte und die entsprechenden Beweise vorträgt [...]. Wenn keine Beweise vorliegen, hat die Beschuldigte keine Chancen sich zu verteidigen.“

Sehr kritisch äußerte sich auch der Verwaltungsrechtler Gerhard Strauch zu dem strittigen Sachverhalt gegenüber der Tageszeitung *Wiesbadener Kurier*: „Voreingenommene Richterin, fast schon befangen. Erwähnt die vielen Verfahren, die der GPR bei ihr hat.“

Einseitige Presseberichterstattung

Allerdings fand diese Einschätzung in der Berichterstattung des *Wiesbadener Kuriers* keine Erwähnung. Vielmehr bezog sich diese nach Ansicht der GEW „einseitig auf die Darstellung des Schulamts“. Die Aussagen der Anwälte des GPR, der GPR-Vorsitzenden Tuckfeld und anderer Kolleg:innen fanden keine Erwähnung.

Als zentrale Punkte nannte die GEW in diesem Zusammenhang vor allem:

- Das Handeln der GPRS-Vorsitzenden war durch die Beschlüsse des Gremiums legitimiert und fand damit im Rahmen des Personalvertretungsrechts statt.

- Es lag keine Verletzung einer Schweigepflicht vor.

Die GEW Wiesbaden-Rheingau wartet nun auf die schriftliche Begründung des Gerichtsbeschlusses.

Gewerkschaftliche Gegenwehr erforderlich

Die Gewerkschaft stellt aber jetzt schon klar: „Dieser Beschluss richtet sich gegen die Arbeit der GEW und gegen die Arbeit engagierter Personalräte. Personalräte, die nicht sofort zu allem ‚ja‘ sagen, wenn das Schulamt etwas umsetzen möchte, sondern die Umsetzungsanliegen immer mit Recht und Gesetz und mit den Bedarfen der Schulen abgleichen“.

Und sie ergänzt: „Der Angriff auf grundgesetzlich garantierte Mitbestimmungsrechte passt leider nur zu gut in das derzeitige (bildungs-) politische Bild. Viele Schulleitungen, die sich offenbar – im vorauseilenden Gehorsam – eine Meinung bilden, indem sie einseitig auf die Fach- und Dienstaufsicht im Staatlichen Schulamt hören, und eine Schulaufsicht, die Monate bis Jahre braucht, um Personalmaßnahmen abzuschließen und dann die Schuld hierfür der gesetzlich verbrieften Mitbestimmung in die Schuhe schiebt“.

Es ist erforderlich, dass sich nicht nur die GEW Wiesbaden-Rheingau, sondern die gesamte GEW diesem Treiben verstärkt mit Wort und Tat widersetzt. ■



GEW-Demo in Düsseldorf, 28. Januar 2009.

Foto: Gemeinfrei.

Betriebsrat als Sündenbock?

Ein Interview zum Treiben von BR-Mobbern und Gewerkschaftsfeinden

Günther B. [Name zum Schutz des Kollegen geändert] war Betriebsratsvorsitzender eines Transportunternehmens in der Rhein-Neckar-Region. Die Firmenleitung hat Ende letzten Jahres Insolvenz beantragt und die rund 60 Beschäftigten gekündigt. Zuständig ist die Gewerkschaft ver.di. Seit der Gründung des 5-köpfigen Betriebsrats im Jahr 2022 wurde dieser von der Geschäftsleitung nicht nur in Frage gestellt, sondern regelrecht bekämpft. *Avanti*² hat mit Günther über die Ursachen und die Folgen dieses menschenverachtenden und gewerkschaftsfeindlichen Treibens gesprochen.*

Die Firmenleitung behauptet, der Betriebsrat sei verantwortlich für die Insolvenz. Was sagst Du dazu? Und wie hat die Belegschaft reagiert?

Die Behauptung, der Betriebsrat sei für die Insolvenz verantwortlich, ist völlig unbegründet. Sie dient nur dazu, von den eigenen Versäumnissen der Geschäftsführung abzulenken. Ein Betriebsrat trifft kei-

ne wirtschaftlichen Entscheidungen, erstellt keine Kalkulationen und steuert keine Finanzen. Die Probleme des Unternehmens bestanden schon lange, bevor der Betriebsrat 2022 gegründet wurde.

Die Geschäftsführung hat jedoch massiv versucht, Einfluss auf die Beschäftigten zu nehmen. Sie streute Gerüchte, verunsicherte Kolleginnen und Kollegen und spaltete

bewusst die Belegschaft. Bei einigen Beschäftigten hatte diese Taktik zunächst Erfolg, andere haben diese Manipulation sofort durchschaut.

Besonders gravierend war der Versuch, über einen dem Unternehmer nahestehenden Mitarbeiter sogar eine gerichtliche Auflösung des Betriebsrats zu beantragen. Dieses Vorgehen zeigt, wie entschlossen die



Protest gegen BR-Mobbing in Frankfurt/M., 15. März 2025.

Foto: Privat.

Firmenleitung war, demokratische Mitbestimmung zu verhindern. Der Antrag scheiterte – zu Recht.

Trotz dieser Angriffe wurde den meisten Beschäftigten im Verlauf klar:

Nicht der Betriebsrat hat den Betrieb in Schwierigkeiten gebracht, sondern jahrelanges Missmanagement der Geschäftsführung.

Insbesondere Du als Betriebsratsvorsitzender bist im Zentrum der Angriffe der Firmenleitung gestanden. Was hat das mit Dir gemacht? Hast Du ausreichende Unterstützung von Deiner Gewerkschaft erhalten?

Die Angriffe der Geschäftsführung richteten sich besonders stark gegen mich persönlich. Als schwerbehinderter Beschäftigter habe ich einen leidensgerechten Arbeitsplatz eingefordert, auf den ich gesetzlichen Anspruch habe. Statt diese Pflicht zu erfüllen, hat die Geschäftsführung systematisch versucht, mir diesen Arbeitsplatz zu verwehren – ein klarer Verstoß gegen meine Rechte nach dem Sozialgesetzbuch IX.

Hinzu kamen gezielte Angriffe über vermeintliche gesundheitliche Einschränkungen. Es wurde behauptet, mehrere voneinander unabhängige Krankheitszeiten im Jahr 2024 seien identisch gewesen, um mir die Lohnfortzahlung zu verweigern. Gleichzeitig stellte der Unternehmer trotz mehrfacher Anfragen der Krankenkasse keine Lohnbescheinigungen aus, sodass mein komplettes Gehalt fehlte.

Nach meiner Genesung wurde ohne eine Grundlage behauptet, ich sei plötzlich nicht mehr fahrdiensttauglich. Deshalb wurde ich unbezahlt freigestellt. Erst nachdem ich ein arbeitsmedizinisches Attest unseres Betriebsarztes vorgelegt hatte, durfte ich wieder arbeiten. Das Attest meines Hausarztes wurde ignoriert.

Die unrechtmäßig einbehaltenen Krankheitstage und Freistellungszeiten wurden erst über ein Jahr später vor Gericht geklärt – der Unternehmer wurde zur vollständigen Nachzahlung verurteilt. Bis dahin musste ich auf mein Geld warten und war finanziell stark belastet.

Zusätzlich fand eine massive Rufschädigung gegenüber anderen Unternehmen der Branche statt. Aussagen über mich wurden gezielt gestreut, sodass ich heute nahezu keine Chance mehr habe, in meinem bisherigen Beruf im Transportwesen eine neue Stelle zu finden. Dadurch bin ich gezwungen, mich beruflich neu zu orientieren und eine Weiterbildung zu machen – nicht, weil



Protest gegen BR-Mobbing in Mannheim, 1. Juli 2025.

Foto: Privat.

ich wollte, sondern weil mir der Weg in meine ursprüngliche Branche versperrt wurde.

Diese rufschädigenden Angriffe – mit sehr negativen gesundheitlichen, finanziellen und persönlichen Folgen – hatten ein klares Ziel: mich als Betriebsratsvorsitzenden zu schwächen und letztlich aus dem Betrieb zu drängen.

Von meiner Gewerkschaft habe ich Unterstützung erhalten, aber angesichts des Ausmaßes der Angriffe wäre an manchen Stellen eine noch deutlichere und sichtbare Rückendeckung notwendig gewesen.

Was sind Deine Forderungen an die Gewerkschaft und Politik?

Meine Forderungen an die Gewerkschaft und an die Politik sind klar und dringend notwendig:

1. Stärkerer und konsequenter Schutz von Betriebsräten.

Betriebsratsbehinderung ist eine Straftat – dennoch wird sie in der Praxis kaum verfolgt. Unternehmer, die systematisch gegen Betriebsräte vorgehen, müssen spürbare Konsequenzen erfahren, sowohl arbeitsrechtlich als auch strafrechtlich.

2. Mehr gewerkschaftliche Präsenz in kleinen und mittelständischen Betrieben. Gerade im Transportsektor fehlt es an kontinuierlicher gewerkschaftlicher Unterstützung. Insbesondere neue Betriebsräte brauchen Beratung, Schutz, schnelle Intervention und sichtbare Rückendeckung, wenn Unternehmer versuchen, demokratische Strukturen zu unterdrücken.

3. Tarif- und Rechtsbindung für öffentliche Aufträge.

Unternehmen, die Tarifverträge unterlaufen oder Betriebsräte bekämpfen, dürfen keine öffentlichen Aufträge, Zuschüsse oder Liniengenehmigungen mehr erhalten. Steuer- und Gemeindegelder dürfen nicht an Unternehmen fließen, die Beschäftigtenrechte missachten.

4. Bessere Absicherung der Beschäftigten bei Insolvenzen.

Die Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht diejenigen sein, die die wirtschaftlichen Fehler des Managements ausbaden. Insolvenzgeld, Sozialplanregelungen und Übergangslösungen müssen verbessert und beschleunigt werden.

5. Ein politisches Signal gegen die Spaltung der Belegschaften.

Es darf nicht sein, dass Unternehmer Beschäftigte gegeneinander ausspielen und sich selbst aus der Verantwortung ziehen. Politik und Gewerkschaften müssen klarstellen:

Die Verantwortung für wirtschaftliche Fehlentscheidungen tragen Management und Eigentümer – niemals die Belegschaft oder ihr Betriebsrat.

Diese Maßnahmen sind notwendig, um Beschäftigte wirksam zu schützen und sicherzustellen, dass demokratische Mitbestimmung nicht vom Wohlwollen einzelner Unternehmer abhängt.

* [Die Fragen stellte H. S., die Antworten datieren vom 25. Januar 2025.] ■

„Vorwärts und nicht vergessen ...“

10 Jahre Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar

W. A.

Auf Initiative der IG Metall-Vertrauenskörperleitung (IGM-VKL) von General Electric (GE) – vormals Alstom Power – hat sich vor 10 Jahren das Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar gegründet.

Wenige Monate zuvor hatte die EU-Kommission die Übernahme der Power-Sparte von Alstom durch den konkurrierenden US-Konzern GE genehmigt. Die damalige EU-Wettbewerbskommissarin Vestager meinte dazu: „Ich freue mich, dass wir dieses Vorhaben genehmigen und damit zeigen können, dass Europa wirtschaftsoffen handelt, dass Technologie aus Europa Potenzial hat und Investitionen aus dem Ausland anziehen kann“.

Ihre profitorientierte Lyrik verschleierte nicht nur die Gefahr für den „Wettbewerb“ im Kraftwerksbau, sondern vor allem die massive Bedrohung der Arbeits- und Ausbildungsplätze bei Alstom durch GE. Es war offensichtlich, dass nun der seit 1984 andauernde Kampf um den Erhalt des traditionsreichen und hochmodernen Werks in Mannheim-Käfertal in die entscheidende Phase eingetreten war.

Gemeinsam kämpfen

In der IGM-Vertrauenskörperleitung von GE Power wurde deshalb bereits Ende 2015 der Vorschlag begrüßt, an die alte Tradition des am 3. März 1988 gegründeten „Solidaritätskomitees für die Beschäftigten bei BBC“ anzuknüpfen. Angesichts der Fusion von ASEA und BBC zu ABB war damals die Idee entstanden, öffentliche Unterstützung für Belegschaften zu organisieren, die von Arbeitsplatz-Abbau bedroht waren.

Anfang 2016 war es dann soweit. Im Mannheimer Gewerkschaftshaus konnte mit tatkräftiger Unterstützung der örtlichen IG Metall, des DGB Region Nordbaden und des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt das *Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar* aus der Taufe gehoben werden. Bei einem Treffen am 4. Februar 2016 trat es erstmals in Erscheinung.

Kolleginnen und Kollegen aus zahlreichen Betrieben und Gewerkschaften der Region fanden sich im überfüllten DGB-Jugendraum ein.

„Ohne Arbeit stirbt die Region!“

Sie verabschiedeten bei ihrer Zusammenkunft den gemeinsamen Appell „Ohne Arbeit stirbt die Stadt! – Ohne Arbeit stirbt die Region!“. Darin wurde nicht nur zum „Widerstand gegen, ‚Globalisierung‘ und Arbeitsplatzabbau“ aufgerufen, sondern ein Verbot von Entlassungen – und unter Berufung auf Art. 14 GG – die Enteignung von Unternehmen gefordert, die die Sozialbindung des Eigentums missachten.

In einer damals verfassten Presseerklärung heißt es: „Die Zeit war einfach reif. [...] Ziel ist es, den gemeinsamen Informationsaustausch und die gegenseitige Hilfe bei Angriffen auf Arbeitsplätze und Standorte zu verbessern. Unabhängig von Werksgrenzen soll so der Schulterschluss von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Beschäftigten in der Rhein-Neckar-Region erleichtert werden.“

Solidarität ist kein Fremdwort

Betriebsräte und gewerkschaftlich Aktive von Betrieben aus Mannheim, Heidelberg, Ladenburg, Weinheim, Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer engagierten sich im Überbetrieblichen Solidaritätskomitee. Vertreter von Parteien und Verbänden sowie Künstler sagten ihre Unterstützung zu.

Seit seiner Gründung setzt sich das Solikomitee für die Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen ein, die sich gegen Arbeitsplatzabbau wehren, wie bei Alstom, Bombardier, Bopp & Reuther, Freudenberg, BK Giulini, GE, GKM, Goodyear, Halberg, Galeria-Kaufhof, Mercedes-Benz, Pepperl + Fuchs, Siemens, Südkabel, Wabco oder XXXLUTZ – um nur einige zu nennen.

Den Blick nach vorne richten

In der Folge beteiligte sich das Komitee aktiv an zahllosen betrieblichen und gewerkschaftlichen Protestaktionen und Streiks, an Betriebsversammlungen, an Info- und sogar an Filmveranstaltungen, an Solidaritätsfesten mit Musik, an Diskussionsrunden mit Gewerkschaften und Politik sowie natürlich an den 1. Maidemonstrationen und -Kundgebungen des DGB.

Auch bei Themen wie Krise des Gesundheitswesens oder Kampf gegen die Leugnung der Corona-Pandemie war das Überbetriebliche Solidaritätskomitee zur Stelle.

Mit einer von Bernd Köhler musikalisch umrahmten Feier will das Komitee nun am 4. Februar 2026 um 18 Uhr im Mannheimer Gewerkschaftshaus „den Blick zurück und gleichzeitig nach vorne richten“.



IGM-Protest gegen Abbau bei ZF-Wabco in Mannheim, 10. September 2024.

Fernseh-Debatte zur Landtagswahl

Wie der SWR der AfD den roten Teppich auslegt

J. H.

In Baden-Württemberg wird am 8. März ein neuer Landtag gewählt. Der öffentlich-rechtliche SWR plant vor der Landtagswahl eine Fernsehdebatte mit den Spitzenkandidaten von CDU, Grünen und der AfD. Die Teilnahme der Rechtsextremen sorgte im Rundfunkrat für Diskussionen, doch der Sender hält an seinen Plänen fest.

Bereits Ende November 2025 traf sich der Landesrundfunkrat von Baden-Württemberg zu einer öffentlichen Sondersitzung, initiiert von Erik Schweikert. Der FDP-Landtagsabgeordnete sprach sich gegen die geplante Dreier-Debatte zur Landtagswahl aus, die am 24. Februar im SWR-Fernsehen laufen soll. Stattdessen forderte er ein Duell mit allen Parteien, die Chancen auf den Einzug in den Landtag haben – also auch mit seiner FDP. Andere Mitglieder des Rundfunkrats sprachen sich dagegen für ein Duell zwischen CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel und dem Grünen Cem Özdemir aus. Einzelne unterstützten aber auch die Entscheidung des SWR.

Machtloser Landesrundfunkrat

Die Macht des Landesrundfunkrats ist in der Frage begrenzt. Denn das aus 64 Vertreter:innen von Parteien und Verbänden bestehende Gremium darf bei Programminhalten lediglich beraten. Die Entscheidung blieb der SWR-Führung vorbehalten, die sich längst vor der Sitzung des Rundfunkrats entschieden hatte.

Intendant Kai Gniffke beteuerte dann auch vor dem Gremium, dass der Sender alle Argumente abgewogen habe. Und Landessenderdirektorin Stefanie Schneider sprang ihm bei: Der schlimmste Fall sei, wenn die AfD sich erfolgreich einklage und dadurch ein „Shitstorm“ ausgelöst werde. Mit solchen Klagen hat der Sender schon Erfahrung: Im Februar hatten sich Linke und BSW in ein Format zur Bundestagswahl erfolgreich eingeklagt.

Dreier-Debatte im TV

Der Sender will neben der Dreier-Debatte zur Landtagswahl auch eine Wahlarena ausstrahlen, zu der alle Parteien eingeladen werden sollen, die eine Chance auf den Einzug in den Landtag haben, auch hier mit AfD-Beteiligung. Dort sollen statt der Journalist:innen vor allem die Zuschau-

er:innen Fragen stellen. Auch im Radio, etwa in der Sendung „SWR1 Leute Baden-Württemberg“ sollen die Spitzenkandidaten vorgestellt werden. Trotz verschiedener Sendungen bleibt die Dreier-Debatte wohl eines der wichtigsten Formate.

Für die AfD dürfte Markus Frohnmaier teilnehmen. Der enge Vertraute von Parteichefin Weidel kandidiert für das Amt des Ministerpräsidenten, obwohl er nicht mal als Landtagskandidat antritt. Frohnmaier wird nach der Wahl also höchstens auf der Besuchertribüne im Stuttgarter Landtagsgebäude sitzen.

„Abgestufte Chancengleichheit“

Der SWR hat ihn trotzdem in die Dreier-Debatte eingeladen. „Abgestufte Chancengleichheit“ – so begründet der Sender das in einer Pressemitteilung. Eingeladen seien Vertreter der drei Parteien, „die aufgrund ihrer Wahlchancen die Landespolitik in der kommenden Legislaturperiode voraussichtlich am stärksten prägen werden.“ Die Entscheider im Sender beziehen sich auf aktuelle Wahl-Umfragen. Dort liegen CDU, Grünen und AfD deutlich vorne. Erst mit

Abstand folgen SPD, Linke und FDP.

Im benachbarten Rheinland-Pfalz kann es sich der SWR einfacher machen. Dort tritt SPD-Amtsinhaber Alexander Schweitzer erneut an. Ganz traditionell läuft im SWR-Fernsehen ein Duell mit ihm und seinem CDU-Herausforderer. Ohne AfD.

Protest gegen AfD-Beteiligung

Auf der Sitzung des Landesrundfunkrats zur geplanten Dreier-Debatte sprachen auch mehrere Gewerkschafts-Vertreter:innen. Sie kritisierten die Entscheidung des Senders. Und sie warnten davor, dass der AfD so der rote Teppich ausgelegt werde.

Ganz ruhig waren während der Sitzung des Rundfunkrats übrigens die Vertreter der AfD. Sie können sich auf die Fernsehdebatte im Februar freuen, wo ihr Kandidat nochmal den großen Landespolitiker spielen kann, bevor er sich wieder der Bundespolitik in Berlin widmen wird.

Immerhin gibt es Widerstand auf der Straße: Unter dem Motto „Mit Nazis diskutiert man nicht“ ruft das Bündnis „Stuttgart gegen Rechts“ am Tag der Dreier-Debatte zur Demo auf. ■



Protest gegen AfD in Mannheim-Rheinau, 23. Januar 2026.

Foto: Privat.

Sanktionen gegen Pressefreiheit Was tun?

M. K.

2025 waren die Presse- und Meinungsfreiheit weltweit gefährdet – auch in Deutschland. Zu den weniger bekannten Gründen hierfür gehören zunehmend zum Mittel extralegalen [außergesetzlicher] Politik werdende Sanktionen.

So erließ Mitte Dezember die US-Regierung Sanktionen gegen die deutsche gemeinnützige HateAid GmbH, die von Online-Hassrede Betroffene unterstützt. Zusammen mit zwei weiteren Personen, die bei der Bekämpfung digitaler Gewalt engagierte NGOs vertreten, wurden ihre beiden Geschäftsführerinnen mit einem Einreiseverbot belegt.

Wenn US-Behörden nun die Bekämpfung digitaler Gewalt mit einer „Zensur amerikanischer Online-Plattformen“ gleichsetzen, meint das nicht nur die genannten Organisationen. Eigentliches Ziel dahinter ist das EU-Gesetzespaket Digital Services Act (DSA), das Online-Plattformen reguliert.

Existenzielle Bedrohung

Das DSA gilt ausschließlich in Europa, weshalb die Sanktionen einen feindseligen Eingriff in die europäische Innenpolitik darstellen. Auch hier liegt aber die eigentliche

Relevanz auf einer tieferen Ebene. Es geht um einen seit etwa zwanzig Jahren stattfindenden Medienkrieg, ausgetragen von einer Handvoll monopolistischer Tech-Konzerne um die Dominanz in Europa und darüber hinaus. Der Medienwissenschaftler Martin Andree versucht seit 15 Jahren mit zunehmender Verzweiflung, auf diesen Medienkrieg aufmerksam zu machen. Nach seiner Überzeugung bedroht er die europäischen parlamentarischen Demokratien existenziell.

Neun der zehn reichsten Männer der Welt sind US-Amerikaner. Acht dieser neun Männer sind Tech-Oligarchen. Mittlerweile werden die Tech-Konzerne wohl alle von mehr oder weniger rechtsextrem gesinnten Männern geführt, sie befinden sich zudem in einem Prozess der Verschmelzung sowohl mit autoritär-faschistoiden gesellschaftlichen Kräften als auch mit der ebenso gesinnten US-Regierung.

Geld, Macht und Desinformationen

Seit langem weisen Autor:innen darauf hin, dass mediales „Meinungsmanagement“ eine stark wachsende Bedeutung erlangt bei der Stabilisierung der Herrschaftssysteme, aber auch bei deren autoritär-faschistoidem Umbau. Die Strategen dieses Umbaus wissen genau, welche Kräfte bei den oben genannten Verschmelzungen frei werden können.

Martin Andree zitiert den früheren Trumpberater Steve Bannon: „Geld und Informationen sind die beiden taktischen Nuklearwaffen der modernen Politik - und Elon Musk kann beide in nie dagewesenem Ausmaß einsetzen [...] Wenn er die gleiche Summe in ganz Europa investiert, die er in Trump gesteckt hat, wird er jede Nation auf eine populistische Agenda umstellen. Es gibt keine zentristische linke Regierung in Europa, die in der Lage sein wird, diesem Ansturm standzuhalten.“

Mehr linke Zusammenarbeit

Ein aktueller Unesco-Bericht besagt, dass sich die Meinungsfreiheit weltweit deutlich verschlechtert hat, benennt aber auch positive Trends: Mehr Internetzugang, mehr kooperativer investigativer Journalismus und mehr sogenannte Gemeinschaftsmedien.

Etliche Medien dieser Art existieren auch in unserer Region. Um aber eine breit wirkende Antwort auf die oben geschilderten Bedrohungen darzustellen, sind sie wohl nicht mehr als ein Tröpfchen auf einen heißen Stein. Der Medienaktivismus braucht – auch wegen der rasch wachsenden Kriegsgefahr – einen großen Sprung nach vorne.

Dazu müssten möglichst viele der bestehenden Medienprojekte, aber zusätzlich auch möglichst viele politische und gesellschaftliche Organisationen und auch Einzelpersonen zusammenfinden, sich austauschen, kooperieren und idealerweise ein gemeinsames – noch besser: mehrere – mediale Projekte zur Welt bringen. ■



Anti-Trump-Demo in New York City, 18. Oktober 2025.

Foto: Gemeinfrei (CC BY-SA 4.0).

Iran – Internationalismus statt Imperialismus?

Gespräch mit einem aus dem Iran stammenden Genossen

A. N.

Seit dem 29.12.2025 gingen die Menschen im Iran – wieder einmal – massenhaft auf die Straße. Nach zehn Tagen begann das islamistische Regime so brutal gegen die Proteste vorzugehen, wie seit den 1980er Jahren nicht mehr. Man geht mittlerweile von 30.000 bis 40.000 getöteten Menschen aus. Hunderttausende wurden inhaftiert, eine vergleichbare Anzahl an Menschen verletzt.

Wir haben mit unserem Genossen Hassan Maarfi Poor gesprochen, der den Iran aufgrund politischer Verfolgung 2007 verlassen hat und seit 2010 in Deutschland lebt.

Woher nahmen die Menschen auch diesmal wieder die Kraft, nachdem die Proteste der letzten Jahre jedes Mal blutig niedergeschlagen wurden?

Die Proteste zeigen, dass mit den Bewegungen seit 2017 keine wirklichen Verbesserungen erzielt wurden. Im Gegenteil: Trotz kleiner Lockerungen in Bezug auf das Hijab-Gebot, wurde die staatliche Repression fortgesetzt. Die ökonomische Lebenslage der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert aufgrund einer massiven Inflation. Wenn die Menschen sich kein Brot zum Sattwerden mehr leisten können, haben sie nichts mehr zu verlieren.

Aus welchen gesellschaftlichen Gruppen waren die Proteste diesmal zusammengesetzt? Und was waren ihre Ziele?

Diesmal ging der Protest von den Bazari (Markthändlern) aus, die in einer Krise der Überproduktion und Unterkonsumption ihre Existenz bedroht sahen. Damit hatten sich auch die ursprünglich treuesten Unterstützer Khomeinis gegen dieses Regime gekehrt. Schnell schlossen sich insbesondere die ärmsten Schichten der arbeitenden Klasse an, in der Hoffnung diesmal endlich das Regime stürzen zu können.

Die ganze Gesellschaft ist von tiefer Verzweiflung erfasst und dadurch bereit, ihre Hoffnung in jedes noch so illusorische Versprechen zu legen. Linke und sozialistische Perspektiven wurden von Monarchisten und Islamisten seit Jahrzehnten durch grausame Verfolgung vernichtet, die Köpfe der Bewegung und viele Aktive systematisch ausgelöscht. Dadurch waren viele empfänglich für die Bestrebungen der Monarchisten, die ihre mediale und ökonomische Macht nutzen, um an Einfluss in der Gesellschaft zu gewinnen. Mit Gramsci gesprochen: „Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster.“

Wieso ging das Regime diesmal noch brutaler vor als bei vorigen Protesten?

Die brutale Gewalt muss als ein verzweifelter Versuch des Regimes verstanden werden, seine Macht zu halten. Die Proteste haben gezeigt, dass die Unterstützung aus der Bevölkerung mittlerweile verschwindend gering ist. Zudem formiert sich mit den Monarchisten eine Macht, die sich der Unterstützung der USA und Israels brüstet. Sie haben die Menschen aufgefordert, auf

die Straße zu gehen, da Trump schon bald Hilfe schicken würde. Damit haben sie das Blutbad weiter befeuert.

Wie wirkt sich diese Erfahrung auf die Menschen im Iran und im Exil aus?

Nach dem Massaker an der Bevölkerung sind die meisten Menschen in einem Schockzustand in tiefer Melancholie und Depression. Viele Menschen schaffen es kaum, ihr Haus zu verlassen.

Andererseits hat das Massaker gezeigt, dass jegliche Hoffnung in eine Reformierung des Regimes eine Illusion war, da es im Kern nie seinen faschistischen Charakter aufgegeben hat.

Welche Perspektiven siehst du für die Bevölkerung im Iran, insbesondere für die arbeitende Klasse?

Die aktuelle Situation ist sehr gefährlich, nicht nur wegen des islamistischen Regimes, sondern auch wegen der fehlenden Alternativen. Die Monarchisten wissen diese Situation für sich auszunutzen. Wer dabei ihr Hauptfeind ist, haben sie klar in Worte gefasst: Es sind die linken Kräfte, die sie nach ihrer herbeigeträumten Machtübernahme konsequent vernichten wollen.

Die einzige Region, in der noch eine linke Kultur vorherrscht, ist Kurdistan. Hier sehe ich die letzte Chance für die linken Kräfte aus dem gesamten Iran sich zusammenzuschließen und eine letzte Verteidigungseinheit gegen die islamistischen und monarchistischen Oligarchen und Schmarotzer zu bilden. Hier muss eine antifaschistische und antikapitalistische Einheit entstehen, die für die arbeitende Klasse im gesamten Iran als Vorbild auftritt. ■



Protest in Straßburg gegen die Massaker in Iran, 17. Januar 2026.

Bundesweiter Streiktag der GEW am 29. Januar 2026

Demo auch in Mannheim

O. R.

Am 29. Januar beteiligten sich fast 12.000 Personen am bundesweiten „Streiktag Bildung“ der GEW. Nach Mannheim kamen etwa 2.000 Beschäftigte im Bildungsbereich aus Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern und natürlich Baden-Württemberg.

Worum ging es bei dem Streiktag? Am 3. Dezember 2025 begannen die Verhandlungen zum Tarifvertrag der Länder. Die Gewerkschaften fordern dabei 7 % mehr Lohn, mindestens aber 300 € monatlich. Außerdem weitere Verbesserungen durch eine bessere Eingruppierung der Tarifbeschäftigten in die Entgelttabelle.

Die vielen verbeamteten Lehrkräfte trifft das repressive deutsche „Streikrecht“ besonders hart: Sie dürfen überhaupt nicht streiken. So waren in Mannheim wie bundesweit insbesondere die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, pädagogische Assistent:innen und Menschen in vergleichbaren Beschäftigungsverhältnissen sichtbar.

Sie trugen Anliegen auf die Straße, die hinter den Gehaltsforderungen in diversen Berichten nahezu verschwinden: „Pädagogische Assistent:innen sind keine Saisonkräfte“. Baden-Württemberg etwa stellt jedes Schuljahr aufs Neue pädagogische Kräfte wie Assistent:innen oder Lehrkräfte für Vorbereitungsklassen nicht-deutschsprachiger Schüler:innen mit befristeten Verträgen ein. Das allerdings maximal sieben Jahre in Folge, denn da-

nach ist eine Übernahme in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis einklagbar.

Diese höchst prekäre Beschäftigungspraxis sollte viel mehr skandalisiert und nicht weiter in den Hintergrund gerückt werden! ■



GEW-Streiktag in Mannheim, 29. Januar 2026.

Foto: Privat.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 03.02.2026, 19 Uhr, Lesung „Vaterlandsverrat oder Friedenstat? Deserteure“, Welthaus, Kurfürstenanlage 25, HD
- MI, 04.02.2026, 18 Uhr, „10 Jahre Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar“, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- DO, 12.02.2026, 15 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- SAM, 21.01.2026, 14 Uhr, ISO-Lesekreis zu Ernest Mandels Text „Trotzkis Analyse des Faschismus“
- FR, 27.02.2026, 19 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA

Vorschau

- SO, 08.03.2026, Internationaler Frauenkampftag
- DI, 10.03.2026, 18 Uhr, Veranstaltung „Klassengesellschaft akut“, Gewerkschaftshaus, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VdSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

